

Herr Präsident,
Mitglieder in Regierung und Parlament,
Werte Bürgerinnen und Bürger der DG,

Dekretentwürfe wie diese uns heute vorliegenden Zustimmungsdokumente zu Abkommen zwischen der EU und anderen Staaten, stehen regelmäßig auf der Tagesordnung unserer Plenarsitzungen. So auch, vor knapp einem Jahr, nämlich am 22. Oktober 2012.

Anders als in diesem Jahr, wurde damals nicht das beschleunigte Verfahren angewandt. Nein der Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den CARIFORUM-Staaten einerseits und der Europäischen Gemeinschaft andererseits wurde damals vor der Plenarsitzung im Ausschuss behandelt. Dies war zwar ungewöhnlich, da bis dato solche Dekretentwürfe in der Regel im beschleunigten Verfahren abgewickelt wurden, doch war es in unseren Augen ein erster Schritt, der zumindest ein Fünkchen Hoffnung aufkommen ließ.

In meinem damaligen Redebeitrag hatte ich angemerkt, dass die Aussprache im Ausschuss zwar nicht sonderlich tiefgehend war, doch dies sei ein erster Schritt.

Dass eine tiefer gehende Behandlung möglich ist, haben uns die Kollegen der SP gezeigt. Im April 2012 konnten sie den aus St.Vith stammenden Welthandelsexperte, Armin Paasch vom katholischen Hilfswerk Misereor, für einen Vortrag gewinnen. Schon im Oktober des vergangenen Jahres machte ich an gleicher Stelle den Vorschlag, ihn, oder einen ähnlich gut mit der Materie vertrauten Experten zu diesen Partnerschaftsabkommen in den Ausschuss einzuladen.

Was außerhalb dieses Hauses möglich ist, sollte doch auch in diesem Hause möglich sein, oder? Was spricht eigentlich dagegen?

Der Ministerpräsident vermittelt uns bei der Vorstellung dieser Dekrete gerne den Eindruck, dass uns die Materie kaum berührt. Die Dekrete tangieren uns nur marginal heißt es da.

Trotzdem sollte jeder Parlamentarier dieses Hauses sich ein Bild davon machen können, worüber er abstimmt. Und ohne dem Ministerpräsidenten Nahe treten zu

wollen, denke ich, dass Experten, die sich quasi hauptberuflich mit den Auswirkungen solcher Partnerschaftsabkommen beschäftigen, uns diese auch am besten erklären können.

Beim genauen Hinsehen mussten wir von der Vivant-Fraktion feststellen, dass die Berührungspunkte doch womöglich viel näher liegen, als uns lieb ist. Ich möchte versuchen, Ihnen dies in meinem Redebeitrag darzulegen.

Bei diesen 5 heute zur Diskussion und Abstimmung vorliegenden Zustimmungsdokumenten zu diversen Abkommen, handelt es sich anders, als die unterschiedlichen Namen vermuten lassen, um Freihandelsabkommen.

In einer Stellungnahme bekannter Nicht-Regierungs-Organisationen, wie „Misereor“, „Brot für die Welt“, „FIAN Germany“, „medico international“, um nur einige zu nennen, vom 26. Februar dieses Jahres zu dem so genannten Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der EU und Zentralamerika (betrifft Dekretentwurf Dok. 187) heißt es dazu:

„Das Assoziierungsabkommen soll einen qualitativen Sprung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika markieren. EU-Handelskommissar Karel De Gucht hat dies vor dem Europäischen Parlament klar betont: „Dies ist ein Assoziierungsabkommen mit mehreren Säulen, aber erlauben Sie mir zu sagen, dass die zentrale Säule ein breites und wirksames Freihandelsabkommen ist.“ Der Inhalt des Abkommens bestätigt diesen Schwerpunkt: vier Fünftel des Vertragsinhaltes ist den detaillierten Vereinbarungen für die

Freihandelszone zwischen den beiden Regionen gewidmet, lediglich ein Fünftel den beiden anderen Säulen zum politischen Dialog und zur Entwicklungszusammenarbeit. Zudem sind die

Vereinbarungen in diesen beiden anderen Säulen vage und unverbindlich formuliert. Präzise überprüfbar sind im Abkommen ausschließlich die Bestimmungen zu Handel und Investitionen.“ (Zitat Ende).

Um Ihnen die Konsequenzen für die Bevölkerung der Partnerländer zu verdeutlichen, möchte ich ein weiteres Mal aus dieser Stellungnahme zitieren:

„...weitere Gefährdungen für das Menschenrecht auf Nahrung und Wasser sind durch folgende spezifische Vereinbarungen im Abkommen zu erwarten:

a. Die meisten europäischen Milchprodukte erhalten mit dem Abkommen sofortigen zollfreien Zugang auf den zentralamerikanischen Markt. Für Milchpulver und Käse wurden Quoten ausgehandelt, die eine sukzessive Steigerung der zollfreien Einfuhren dieser Produkte vorsehen. Diese Regelung ist ein deutliches Beispiel für unfairen Wettbewerb, in dem die meist kleinen und mittleren Milchproduzenten Mittelamerikas von hoch subventionierten Milchprodukten aus der EU vom Markt gedrängt werden und erhebliche Einkommensverluste hinnehmen müssen. Diese Regelung wurde von der EU gegen erbitterten Widerstand aus Mittelamerika durchgesetzt.

b. Das Abkommen fördert eine weitere Privatisierung der Wasserversorgung in Zentralamerika und öffnet die Tür zu zentralamerikanischen Märkten für europäische Konzerne. Auch die Nachhaltigkeits-Folgenabschätzung hat darauf hingewiesen, dass „die Privatisierung bestimmter öffentlicher Dienstleistungen, insbesondere der Trinkwasserversorgung, für die besonders verletzlichen Gruppen einen verringerten Zugang bedeuten kann“. Die bisherigen Privatisierungen und das Engagement europäischer Unternehmen haben soziale Proteste gegen stark ansteigende Wasserpreise hervorgerufen. Eine fehlende effektive staatliche Regulierung auf nationaler Ebene trägt dazu bei, dass insbesondere einkommensärmere Schichten beim Zugang zu diesem lebenswichtigen öffentlichen Gut und Ausübung ihres Rechts auf Wasser diskriminiert werden. Eine weitere Privatisierung ist unter solchen Umständen menschenrechtlich nicht zu verantworten.“ (Zitat Ende)

Neben diesen gravierenden Folgen, gibt es noch viele weitere äußerst bedenkliche Aspekte. So wird bezüglich des Handelsabkommen zwischen der EU und Kolumbien sowie Peru (betrifft Dok. 189) von Kritikern folgendes erwähnt:

1. Die Menschenrechtssituation in Kolumbien ist katastrophal. Viele Menschen wurden und werden gewaltsam von ihrem Land vertrieben. Kritiker des aktuellen Regims, wie beispielsweise Gewerkschaftler, werden massiv verfolgt. Es gibt kaum Strafverfolgung.
2. Durch dieses Abkommen wird der Bergbau vermutlich weiter gefördert, was wiederum zu weiteren gewaltsamen Vertreibungen führen wird und damit die

sozialen Konflikte im Land weiter anheizt. Viele, vor allem Kleinbauern, verlieren ihr Land und damit ihre Lebensgrundlage. Sie erhalten keine annähernd angemessene Entschädigung. Auch in Peru ist der Bergbau Quelle vieler sozialer Konflikte.

3. Mit den Verträgen wird der Schutz von geistigem Eigentum gefestigt. Dies bevorteilt vor allem europäische Konzerne, die Patente in den unterschiedlichsten Bereichen halten. Dies führt dazu, dass beispielsweise der Zugang zu günstigen Generika-Medikamenten verschlechtert wird. Eine andere Auswirkung davon ist, dass die Partnerstaaten verpflichtet werden, strengere internationale Normen im Bereich des Saatguts einzuführen, die den traditionellen Austausch von Saatgut erschweren. Die Bauern werden indirekt gezwungen, genmanipuliertes Saatgut zu verwenden.
4. Verhinderung von mehr Transparenz auf den Finanz- und Kapitalmärkten, was Geldwäsche und Steuerhinterziehung vereinfacht. Steht dies doch im krassen Gegensatz zu der Entwicklung innerhalb der EU.

Befürworter erwähnen oft, dass im Abkommen auch die Menschenrechte und die Nachhaltigkeit Erwähnung finden. Im so genannten Nachhaltigkeitskapitel wird von Arbeitnehmerrechten und Umweltrechten gesprochen, doch gerade diese Nachhaltigkeitskapitel wurden explizit vom Streitschlichtungsverfahren ausgenommen.

Als letztes möchte ich noch einen Blick nach Kolumbien werfen. Seit dem 19. August finden in Kolumbien landesweit Streiks statt. Begonnen haben die Landwirte, doch inzwischen haben sich u.a. Lehrer und Studenten, Bergleute, Ärzte, Piloten und etliche indigene Gruppen angeschlossen. Sie wehren sich gegen die jahrzehntelang in diesem Land betriebene Politik, die gegen die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung gerichtet ist.

Die ehemalige kolumbianische Senatorin und Menschenrechtsaktivistin Piedad Cordoba schrieb in eine Nachricht auf Twitter dazu folgendes:

„Schluss mit Freihandelsabkommen, Schluss mit ESMAD (Zur Erklärung: Die ESMAD ist die so genannte Aufstandsbekämpfungseinheit der Polizei), Schluss mit privatisiertem Saatgut, Mega-Bergbau und Korruption“.

Natürlich ist die EU nicht für die dramatischen Verhältnisse in Kolumbien und weiteren Staaten in Zentralamerika verantwortlich. Doch wie kann sie allen ernstes Freihandelsabkommen mit Staaten abschließen, in denen Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind? Und wie kann sie wider besseres Wissen Verträge abschließen, die diese Situation noch verschlimmern? Und wie können wir hier in diesem Haus dazu Ja sagen?

Sogar die Oppositionsparteien im deutschen Bundestag, SPD, Grüne und Linke haben deutlich gegen dieses Abkommen gestimmt. Doch leider verlässt die Politiker oft da der Mut, wo die Angst um den eigenen Machtverlust beginnt. Im Bundesrat stimmten dann neben den CDU geführten Ländern auch einige Rot-Grün geführte Ländervertreter für das Abkommen, so dass es von Deutschland ratifiziert werden konnte.

Letzte Woche wurde anlässlich der Interpellation vom Kollegen Braun bezüglich der Probleme der neuen Großküche im RSI auch von allen Beteiligten die Wichtigkeit der Nachhaltigkeit unterstrichen. Neben regionalen Produkten solle nach Möglichkeit auch auf Fair-Trade-Produkte zurückgegriffen werden. Ich denke, da waren und sind sich in diesem Hause alle einig. Und so vermute ich auch, dass wohl keiner von uns genmanipulierte Lebensmittel auf den Tellern der Lehrer und Schüler in der DG sehen möchte.

Diese uns heute hier zur Abstimmung vorliegenden Abkommen, haben mit fairem Handel rein gar nichts zu tun. Nein, sie bewirken das genaue Gegenteil, nämlich die Ausbeutung.

Kolleginnen und Kollegen, es ist ihre Entscheidung, ob Sie diesen Abkommen zustimmen oder nicht.

Sollten Sie für diese Abkommen stimmen, dann ersparen Sie uns in Zukunft bitte das leere Gerede über Nachhaltigkeit, denn es ist das Papier nicht Wert, auf dem es später einmal geschrieben steht.

Ich Danke für Ihre Aufmerksamkeit,
Alain Mertes,
Vivant-Fraktion